

PRESSEMITTEILUNG ÄNDERUNG DES LANDESBAUTENGESETZES

Bautenlandesrat Dr. Florian Mussner wird aufgrund der Nachfrage am morgigen 23. Februar in Bozen ein weiteres Mal (nach 12.2.2010) die wichtigsten **Änderungen des Landesbautengesetzes** im Zuge der Anpassung an die Vorgaben des Staates und der EU erklären.

Die **Vereinigung Südtiroler Freiberufler** bezieht hierzu Stellung:

Abgesehen von der Tatsache, dass diese Bekanntmachung mit monatelanger Verspätung erfolgte, zeigte sie das grundsätzliche Problem auf, dass unsere **Landespolitiker tatenlos und machtlos zusehen** wie ihre Kompetenzen und **unsere Autonomie untergraben** werden. Um dem Druck der Beamten nachzugeben, welche sich aus Furcht vor Fehlern geweigert hatten, in der Zwischenzeit öffentliche Aufträge zu vergeben, wird **unsere Wirtschaft** zugunsten großer auswärtiger Anbieter sowohl im Dienstleistungs- als auch im Bausektor **arg in Bedrängnis gebracht**.

Aufträge an intellektuelle Dienstleister können in Zukunft nur mehr bis 20.000 Euro direkt vergeben werden und bis zu 100.000 Euro durch ein Verhandlungsverfahren mit 5 eingeladenen Bietern, darüber hinaus müssen die Aufträge großräumig ausgeschrieben werden. Auf den ersten Blick scheint eine Vergabesumme von 100.000 Euro ein stolzer Betrag zu sein. Wenn man jedoch nachliest, dass Planungsaufträge gebündelt werden müssen, nämlich dass **alle beteiligten Planer** in eine **einzige Vergabe** zusammengefasst werden, erkennt man, dass vermutlich **jeder Kindergarten und jede Straßenkreuzung in Zukunft auf europäischer Ebene ausgeschrieben werden müssen**. Die Nachteile für die Verwaltung und im Besonderen jene für unsere Wirtschaft zeichnen sich bereits folgenschwer ab.

Das Bruttoinlandprodukt unserer Provinz wird infolge dieser neuen Regelung des Landesbautengesetzes sicher gesenkt und in der Folge der Landeshaushalt gekürzt werden.

Die Vereinigung der Südtiroler Freiberufler (VSF) fordert, dass die intellektuellen Leistungen auch in Zukunft getrennt nach Kompetenzen der jeweiligen Techniker bzw. Spezialplaner vergeben werden können. Unsere Politiker sollten sich in Rom und Brüssel dafür einsetzen, dass die Schwellenwerte der Vergabesummen wieder erhöht werden.